No. 571-26. 6. 2007

INHALT

1 Verkehrte Robin-Hood Politik
2 Störung bei AStA–Veranstaltung
3 Aufregung in Rostock
4 Unheimliche Gemeinsamkeiten
5 Pressemitteilung der U.L.F.
6 Erste Klage gegen Studiengebühren abgewiesen
7 CaSeBo Workshops
8 Termine

Verkehrte Robin–Hood Politik

Uni verkündet zusätzliche Förderung für StipendiatInnen

Die Universität Bonn gab am 20. Juni bekannt, dass sie alle an der Uni eingeschriebenen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Studienstiftung des deutschen Volkes mit eintausend Euro jährlich fördern wird. Das Geld stammt aus den Zinserträgen der Uni. Hierzu erklärt der AStA der Uni Bonn:

Mit dieser Entscheidung sendet die Uni ein äußerst fragwürdiges Signal an alle Studentinnen und Studenten. In einer Zeit, in der wegen allgemeiner Studiengebühren die deutliche Mehrheit der Studierenden nebenher jobben müssen und deren Belastungen in den letzten Jahren dadurch ungleich gestiegen sind, fördert die Uni ausgerechnet diejenigen Studierenden, die sich durch ihr Stipendium bei der Studienstiftung in weitaus geringerem Maße um ihr Auskommen sorgen müssen.

Zum Vergleich: Die Fördermittel, die die Universität hier im Vorübergehen an die 150 Stipendiatinnen und Stipendiaten verteilt, machen bereits knapp 40 Prozent der Summe aus, die die Uni in einem Jahr aus den Betreuungsbeiträgen für ausländische Studierende einnimmt. Diese Beiträge von 300 Euro pro Jahr werden für die circa 1300 häufig aus Entwicklungs- und Schwellenländern stammenden Nicht-EU-Studierenden erhoben. Hauptargument für die Erhebung war, für Betreuungsleistungen der ausländischen KommilitonInnen sei kein Geld da - eine spätestens jetzt völlig unglaubwürdige Aussage.

Die vorliegende Entscheidung ist symptomatisch für die verzerrte Vorstellung, die die Uni von einer gerechten Studienförderung hat. Den finanziell schwachen Studierenden werden Steine in den Weg gelegt. Von den Studiengebühren sind viele nicht selten zum Abbruch ihres Studiums gezwungen. Im Gegenzug wird eine kleine Elite gefördert, die es - wie die Uni offen zugibt - nicht einmal nötig hat. Das ist nichts weiter als verkehrte Robin-Hood Politik: Nehmt es den Armen, gebt es den Reichen!

„Die Universität spricht von einer 'Geste für Hochbegabte' - in Wirklichkeit ist es eine Geste an finanzschwächere Kommilitoninnen und Kommilitonen, die lautet: 'Ihr seid hier nicht erwünscht'", so der stellvertretende AStA-Vorsitzende Jonas Bens.

Tobias Haßdenteufel (Pressesprecher AStA)

Öko ist wieder in

Grün-Linker AStA startet eine Ökologie-Offensive!

Immer deutlicher wird eines: Öko ist wieder in. Allenthalben wird wieder über Klimawandel diskutiert, über Atomkraft und Windkrafträder, über Grünflächen und Wasserknappheit, als seien das völlig neue Themen. Allerdings lässt sich die momentane Hochkonjunktur in Sachen Ökologie auch nutzen, um wieder längst fällige Diskussionen zu forcieren. Euer AStA will damit einsteigen und plant gemeinsam mit Euch eine Öko-Offensive für die Uni Bonn. Aus wissenschaftlicher, politischer und ganz alltäglicher Sicht wollen wir einen Blick werfen auf das Thema Ökologie.

Hin zu einem ökologischeren AStA

Eines ist klar. Wenn wir bei den KommilitonInnen dafür werben sich im Alltag ökologisch zu verhalten, dann muss die Studierendenvertretung bei sich selbst anfangen. Deshalb arbeitet der AStA an einem Konzept Ökologischer AStA. Klar drucken wir nur auf Ökopapier und trennen den Müll, aber reicht das zu einer wirklich ökologischen Büroorganisation? Hierzu will der AStA ein Gesamtkonzept erarbeiten und vorstellen. Zu diesem Zweck findet am Mittwoch, den 29. Juli 2007 um 14.45 Uhr im Carl-Duisberg-Zimmer ein öffentliches Kolloquium zum Thema „Ökologischer AStA" statt. Dort wollen wir mit allen interessierten KommilitonInnen gemeinsam diskutieren, wie der AStA optimal ökologisch handeln kann, um ein festes Konzept zu entwickeln.

Neue Info-Kurzbroschüre

Das Ökologiereferat des AStA hat eine neue Kurzbroschüre zum Thema „Mülltrennung, Müllvermeidung und Energiesparen im Alltag" herausgebracht. Es enthält Tipps und Tricks rund ums Thema. Das Merkblatt ist unter www.asta-bonn.de/oeko.html herunterzuladen. In Kürze kann man sich die Broschüre auch in gedruckter Form im Ökologiereferat im AStA im ersten Stock der Nassemensa (Zimmer 6) kostenlos abholen.

Schulungen für ökologisches Handel

Was bringt das regelmäßige Lichtausschalten wirklich? Wie trennt man den Müll richtig? Alles Fragen, die auftauchen, wenn man erkannt hat, dass ökologisches Handeln bei jedem im Alltag anfängt. Am 1., 17. und 29. August finden im Carl-Duisberg-Zimmer in der Nassemensa (Essen 1) Kurzschulungen zum Thema „Mülltrennung, Müllvermeidung und Energiesparen im Alltag" statt. Diese und andere Fragen werden dabei von den Mitgliedern des AStA-Ökologiereferats kompetent beantwortet. Eintritt ist frei. Alle sind herzlich eingeladen.

Energiepolitisches Kolloquium

Für das kommende Wintersemester plant der AStA, ein energiepolitisches Kolloquium zu veranstalten. Dort wollen wir in mehreren Veranstaltungen Perspektiven in der Energiepolitik diskutieren. In Vorlesungen wollen wir kontrovers der Frage nachgehen, wie der wissenschaftliche Blick auf die „weg vom Öl"–Strategie aussieht. Mit VertreterInnen der Politik wollen wir über die politische Machbarkeit einer nachhaltigen Energiepolitik debattieren. Mit der Universitätsleitung planen wir ein öffentliches Strategiegespräch darüber, was wir gemeinsam an der Uni zur Energieeffizienz beitragen können. Und schließlich wird es auch gemeinsam mit dem Carreer Service des AStA eine Veranstaltung zu Berufsmöglichkeiten im Sektor „Alternative Energien" geben.

Noch mehr Ideen?

Habt ihr noch Vorschläge, Konzepte oder einfach eine verrückte Idee? Dann meldet Euch beim AStA, geht in der Nassestraße vorbei oder ruft einfach an. Entweder beim AStA-Vorsitz oder direkt beim Ökologiereferat täglich unter 0228-737034 zwischen 12 und 14 Uhr.

Jonas Bens (AStA-Vorsitz)

Gezielte Störung bei Palästina/Israel-Veranstaltung

Veranstaltung mit Menschenrechtlerin Felicia Langer an der Uni Bonn: Publikum erteilt Störern aus der „pro-israelischen" Lobby deutliche Abfuhr

Wer ist Felicia Langer

Am Freitag dem 15. Juni luden der AStA der Universität Bonn, das Bonner Friedensbündnis und die Offene Uni Bonn in den großen Hörsaal 17 der Bonner Uni ein. Die Menschen-rechtlerin und Trägerin des alternativen Friedensnobelpreises Felicia Langer war gekommen um über den israelisch-palästinensischen Konflikt zu informieren. Felicia Langer, 1930 in Polen geboren und als Jüdin vor den Nazis geflohen, arbeitete lange Jahre in Israel als Anwältin und vertrat dort Palästinenser vor Militärgerichten, kämpfte gegen Enteignung, Häuserzerstörung, Deportation und Folter. 1990 schloss sie ihre Kanzlei und siedelte mit ihrem Mann nach Deutschland über, weil das israelische Justizsystem bereits zur bloßen Farce verkommen war. Seitdem hat sich die inzwischen 76-Jährige durch ihr konsequentes Eintreten für einen gerechten Frieden im Nahen Osten und ein Ende der israelischen Besatzung und ihre Bücher einen Namen in der deutschen Friedensbewegung gemacht.

Wer sind ihre Gegner

Drei Gruppierungen hatten im Vorfeld zur Störung der Veranstaltung aufgerufen und verunglimpfende und beleidigende Texte über die Referentin verbreitet, die in dieser Schärfe sogar die Aufmerksamkeit der Polizei erregt hatten. Diese hatte vor möglichen Übergriffen auf die Veranstaltung gewarnt. Die drei Gruppierungen mit den Namen „I Like Israel" (ILI), „Politically Incorrect" (PI) und „Honestly Concerned" (HC) scheinen über nicht unerhebliche finanzielle Mittel zu verfügen und sind gut organisiert.

Die erstgenannte Organisation, ILI, die sich selbst als „Think Tank" und „strategisches" Organ für die „professionelle Pro-Israel-Promotion" bezeichnet, verfügt nach eigenen Angaben über eine Akademie zur Schulung ihrer Mitglieder und hat schon zahlreiche Demonstrationen organisiert um für breite Unterstützung der Politik der israelischen Regierung zu werben.

Der Medienpsychologe und ILI-Vorstand Leo Sucharewicz und sein Team von bezahlten Marketingspezialisten und Projektmanagern haben es sich als Ziel gesetzt, langfristig am von ihnen organisieren Israel-Tag „eine Million Menschen mit Israelfahnen auf die deutschen Straßen zu bringen". In den vergangenen vier Jahren ist es ihnen gelungen, eine europaweit funktionierende Propagandamaschinerie ins Laufen zu bringen.

Die ihrerseits hauptsächlich auf Meinungsmache ausgerichtete Organisation PI vertritt in ihren Veröffentlichungen offen rassistische Positionen gegen Araber in Deutschland und fordert Solidarität mit der Bush-Regierung. Dabei schreckt PI auch nicht davor zurück, sich mit der Initiative „Pro Köln" zusammenzutun, die als Ableger der rechtsextremistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat" bekannt ist, und gemeinsam mit ihr zu anti-muslimischen Demonstrationen aufzurufen, wie am Samstag dem 16. Juni in Köln geschehen. PI ist damit ein wichtiger Baustein in der organisierten Stimmungsmache gegen Menschen arabischer Herkunft. Ziel dabei ist die Schaffung öffentlicher Akzeptanz für Angriffskriege in der Region. Der Irak-Krieg und der Krieg gegen den Libanon, aber auch die Angriffspläne gegen Iran sollen unter Ausnutzung ausländerfeindlicher Ressentiments in der Bevölkerung legitimiert werden.

Die Gruppe HC wiederum hat sich nach eigenen Angaben bei einem Treffen von Interessenvertretern der israelischen Regierung gegründet. Auf der Website finden sich des Weiteren Informationen über Verbindungen zum mächtigen „Amerikanisch-israelischen Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten" (AIPAC). Diese Nachfolgeorganisation des berühmt-berüchtigten „American Zionist Committee for Public Affairs" hat direkte Verbindungen zum Geheimdienst des israelischen Staates, zählt unter anderem Bush Vater und Bush Sohn, US-Außenministerin Rice und US-Vize Cheney zu ihren Mitgliedern und verfügt über enorme finanzielle Mittel und politischen Einfluss. Die UNO fordert schon seit Jahren, solche Organisationen zu überwachen, die auch in europäischen Staaten einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung haben. Hier in Deutschland sind Verbindungen zur FDP und zur CDU nachzuweisen und die Tageszeitung „Die Welt", die im Springer-Verlag erscheint, hat ihnen schon wiederholt als Sprachrohr gedient.

Der Verlauf der Veranstaltung

Im gemeinsamen Aufruftext der drei Organisationen, die eng zusammenzuarbeiten scheinen und auf den Websites wird die jüdische Menschenrechtlerin als „Antisemitin" und „braune rechtsradikale Hetzerin" bezeichnet und zu „entschiedenem und zahlreichem Erscheinen" aufgerufen. So verwunderte es nicht, als ca. 40 Mitglieder und Sympathisanten der Organisationen zu der Veranstaltung erschienen, und durch Zwischenrufe, Beleidigungen der Referentin und geschickt lancierte Fragen versuchten, den Gang der Diskussion in ihrem Interesse zu lenken. Dass ihnen dies nicht gelungen ist, lag vor allem an der überzeugenden Argumentation der Referentin. Dabei war es den Teilnehmern teilweise mehr als deutlich anzumerken, dass sie eines der Trainings in „Sprachpsychologie" absolviert hatten, wie sie von der ILI-Akademie angeboten werden. Die übrigen mehr als 200 Besucher der bunt gemischten Veranstaltung wiesen jedoch gemeinsam mit der Moderation die teils üblen Anschuldigung-en der organisierten Störer zurück und brachten sie mehrere Male zur Ruhe.

Dass hinter Felicia Langers Engagement viele friedliebende Menschen in Israel und den jüdischen Gemeinden stehen, bewies die Anwesenheit von Evelyn Hecht-Galinski, Tochter eines ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, die angesichts der angekündigten Provokationen aus Solidarität eigens aus Süddeutschland angereist war. Auch zahlreiche andere prominente Gäste verliehen den Forderungen und Ausführungen Felicia Langers nach einem gerechten Frieden und einem Ende der Apartheid weiteres Gewicht:

„Israel hätte schon längst Frieden mit den Palästinensern schließen können, wenn es, wie es das Völkerrecht verlangt, seine Besatzung beendet, sämtliche Siedlungen aufgelöst und das Flüchtlingsproblem gelöst hätte (...). Man muss endlich begreifen: Die Besatzung per se ist ein Inbegriff von Gewalt, die Gegengewalt verursacht! Deshalb: Es gibt nur eins um die Gewaltspirale zu stoppen – die Besatzung muss beendet werden!"

„Eine klare Abfuhr"

Zu den Provokationen meint Mitveranstalter Simon Ernst: „Man darf sich von solchen Hetzern nicht einschüchtern lassen. Als demokratische Menschen, die für den Frieden eintreten, müssen wir diesen Leuten eine klare Abfuhr erteilen."

Als Felicia Langer zum Ende ihres Vortrags ihren Wunsch nach einer „Solidarität mit dem palästinensischen Volk" aussprach, „wie sie auch schon die südafrikanische Apartheid zu Fall gebracht hat", erntete sie tobenden Applaus und die Stimmung brachte das Bild der Frauen von Guatemala zum Greifen nahe: „*La solidaridad es una flor*: Die Solidarität ist eine Blume…"

Kurz nach dem Ende nahmen einige der enttäuschten Störenfriede die gelungene Veranstaltung noch zum Anlass, Felicia Langer die übelsten Beschimpfungen nachzurufen, bis sie schließlich vom Veranstalter aufgefordert wurden zu gehen.

Simon Ernst (Verdi-Jugendvorstand NRW-Süd)

Eine aufregende Zeit in Rostock und Umgebung

Ein Nachsatz zu den Ereignissen beim G8-Gipfel in Heiligendamm

Viel wurde diskutiert in den letzten Wochen, sowohl vor als auch nach dem Gipfel.

Da ging es um innere Sicherheit, um Verhinderung von terroristischen Anschlägen, um Deeskalation und einen Zaun, der für 12 Millionen Euro sicherstellte, dass die Veranstaltung im Hotel Kempinski unter keinen Umständen gestört werde.

Nach dem 2. Juni hieß es dann, die Deeskalationsstrategie der Polizei sei nicht aufgegangen, daher sah man sich jetzt zu totaler Repression gezwungen und die phantasievollsten Vorschläge seitens der Politik fanden ihren Einzug in den Äther (zum Beispiel das GSG 9 gegen die Demonstrierenden einzusetzen). Die Berichte über die Gipfelproteste rieben sich nahezu ausschließlich an der Frage der Gewalt und ihrer möglichen Verhinderung auf.

Verständlich ist es schon, dass sich viele Daheimgebliebene, deren Wirklichkeit des Gipfels sich zwangsläufig nur über die Medien konstituierte, gegenüber der Schlammschlacht zwischen Demonstrierenden und Polizei/Staatsgewalt erschüttert und verständnislos zeigten. Bedauerlich ist es indes, dass es nur bei wenigen dazu führte, sich dies als Anlass zu nehmen, sich einmal etwas intensiver mit dem Thema auseinander zu setzen, und sich zu fragen warum genau sie so empfinden (und nicht nur deshalb, weil es „bürgerkriegsähnliche“ Zustände, brennende Autos und Gewalt gab). Die Frage ist auch, warum viele Leute, die selbst bei den Protesten anwesend waren, glaubten, die Vorgehensweise der Polizei in den Tagen der darauf folgenden Woche resultiere nur aus den Vorgängen des Samstags und sei demnach den gewaltbereiten Autonomen im schwarzen Block zuzuschreiben und nicht von vorneherein kalkuliert gewesen. Plötzlich war es nicht mehr so wichtig warum sich eigentlich zum Gipfelprotest eingefunden wurde, sondern ob man sich solidarisch mit „autonomen Gewalttätern“ zeigen wollte oder nicht

Die Crux an der Sache ist nur, dass in diesem Moment vielen eines aus dem Blick geriet: das es eigentlich um mehr ging als um einen Erlebnisurlaub in Heiligendamm, um mal dabei zu sein bei einer „großen“ Sache, sondern es ernsthafte und tiefer gehende Kritik gab als die G8 zu bitten, doch auch mal an Afrika zu denken und vielleicht ein bisschen weniger Krieg zu führen und den Rest der Zeit entschlossen dagegen zu sein. Aber wogegen? Viele Leute, sowohl auf der Demonstration am 2. Juni als auch in den Camps rund um den Zaun, waren junge Leute, viele vielleicht noch nicht so politisch versiert und deshalb auch überfordert mit der Situation. Eine hervorragende Ausgangsposition für die Polizei, so wurden viele durch das Aufgebot an Wasserwerfern und Kontrollen sowie willkürlichen Festnahmen abgeschreckt. „Maßnahmen zur Verhinderung einer Radikalisierung“ könnte man es auch nennen.

Selbst wenn die Ausschreitungen bei der Großdemonstration nicht stattgefunden hätten, wer sagt, dass es sich anders verhalten hätte? Schließlich ist die Brisanz der Globalisierungspolitik und der Kritik an den herrschenden Zuständen nicht erst durch die Ausschreitungen in die Debatte eingeflossen. Demonstrationsverbote, die verhängt werden sollten (und wurden) sowie der Einsatz des Militärs im Inneren (was beides im Grunde gegen die Verfassung der BRD spricht, aber dies nur am Rande) wurden schon im Vorfeld diskutiert, abgesehen von den Hausdurchsuchungen Anfang Mai, wobei sogar öffentlich zugegeben wurde, dass die §§ 129 und 129a ein absolut fadenscheiniger Grund waren; Zitat Andreas Christelei (Sprecher der Generalbundesanwaltschaft) aus einem ZDF-Interview: „Die (…) Untersuchungen sollten Aufschluss bringen über die Strukturen und die personelle Zusammensetzung von diesen Gruppierungen, und dienten nicht in erster Linie zur Verhinderung von konkreten Anschlägen. Dafür gab es keine Anhaltspunkte.“

Die Umstände bei sämtlichen Aktionen während des Gipfels sind nicht als Ergebnis aus den Ausschreitungen am Samstag zu betrachten, sondern als logische Folge aus der Politik.

Denn es ist andersherum anscheinend fatal, einen Zusammenhang zwischen der vorausgegangen Politik der Repression und den militanten Aktionen zu sehen, zumindest findet sich dies kaum in der Berichterstattung. Man räumte damit ja ein, die „erlebnisorientierten Jugendlichen“ (BILD) im schwarzen Block hätten eine politische Motivation. Leider wird von der öffentlichkeitsbildenden Presse deshalb auch verschwiegen, dass sich hinter dem Schlagwort „Autonome“ eigentlich auch etwas anderes verbirgt, als gewaltbereite Krawalltouristen und „Gewohnheitsdemonstranten“, sondern Leute die eine Perspektive jenseits von Aktiengewinnen, Imagepflege und einer vollkommen aufs Äußere fixierten Gesellschaft bieten und in sich eine heterogene Gruppe darstellen. Und dass sich deren Kritik nicht allein an G8 erschöpft, sondern sich am gesamten System des Kapitalismus und der Unterdrückung orientiert – die G8 sind schließlich nur *eine* Manifestation dieses Systems von vielen, genau wie die Repressionstaktik seitens des Staates. Und die sollte auch für ein attac-Mitglied nicht leicht zu verdauen sein, schließlich wären diese Ereignisse dann nicht als einzelne, herausragende sondern als einem Prozess inhärent zu betrachten, der sich im System vollzieht. Dies fällt offenbar vielen schwer.

Anna-Maria Reuter (Bonner Studentin und Teilnehmerin am Protest gegen den G8-Gipfel)

Tagung des EU-Parlaments in der vergangenen Woche

Das Europäische Parlament hat seinen Sitz nicht, wie man vermuten könnte in Brüssel, sondern in Straßburg. Dort finden die monatlichen Plenartagungen statt, zu denen alle derzeit noch 785 Abgeordneten zusammenkommen. Die parlamentarischen Ausschüsse tagen allerdings in Brüssel. Sechs Mal im Jahr finden dort Mini-Plenarsitzungen statt, die jeweils anderthalb Tage dauern. Die Verwaltungsstellen, das „Generalsekretariat“, sind in Luxemburg angesiedelt. Insgesamt 23 offizielle Amtssprachen sorgen dafür, dass Rund ein Drittel der Bediensteten des Sekretariats im Dolmetscher- oder Übersetzungsdienst tätig ist. Deshalb wird überlegt, ob man sich nicht in den meisten Sitzungen auf wenige Verkehrssprachen einigen kann, in die dann nur noch übersetzt wird. Da bei den Sitzungen nicht jede Sprache direkt in jede andere übersetzt werden kann, weil dies zu viel Personal benötigen würde, wird von vielen Dolmetschern die englische Übersetzung weiterübersetzt. Wortspiele und spontane Witze haben es daher schwer.

Seit seiner ersten Direktwahl im Jahr 1979 sind die Kompetenzen des Parlaments stetig gewachsen. Grundlegende Entscheidungen innerhalb der EU werden jedoch oft vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und damit von der Exekutive getroffen. Die Mitglieder der EU-Kommission können zwar nicht ohne die Zustimmung des Parlaments ernannt werden. Sie werden allerdings von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten benannt. Das Gesetzgebungsverfahren, das im Europaparlament am häufigsten zur Anwendung kommt, ist das „Mitentscheidungsverfahren“. Dabei sind das Europäische Parlament und der Rat einander gleichgestellt. Dieses Verfahren kommt bei Rechtsvorschriften in einer großen Zahl von Bereichen zur Anwendung. In einigen Bereichen (beispielsweise Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik, Visa- und Einwanderungspolitik) verfügt der Rat über die alleinige Rechtsetzungsbefugnis, muss aber das Parlament anhören. Ferner ist die Zustimmung des Parlaments bei bestimmten wichtigen Entscheidungen wie dem Beitritt neuer Länder zur EU erforderlich. Der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Haushalt der EU wiederum wird jährlich von Parlament und Rat gemeinsam verabschiedet.

Vom 18. bis zum 21. Juni tagte das Europaparlament zuletzt in Straßburg. Auf der Tagesordnung stand am Montagabend zunächst

die Bezeichnung und Etikettierung von Wodka und anderen Spirituosen. Ebenfalls am Montag befasste sich das Parlament mit den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und Russland. Ebenso auf der Tagesordnung stand ein Appell zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Studium.

Am Dienstag, den 19. Juni organisierte die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke eine Pressekonferenz mit Lothar Bisky zur Neugründung der Linkspartei DIE LINKE. Am Nachmittag stand ein Bericht des Entwicklungsausschusses auf der Agenda. Darin ziehen die Abgeordneten eine alarmierende Bilanz bezüglich der acht Millenniums-Entwicklungsziele der UNO zur Reduzierung der weltweiten Armut. Viele südlich der Sahara gelegenen Länder in Afrika hätten keine Aussicht, auch nur eines der MDGs (Millenniumsziele der Vereinten Nationen) zu verwirklichen. Die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit der EU sind von 0,44 Prozent des BIP im Jahr 2005 auf 0,43 Prozent im Jahr 2006 gesunken.

Am dritten Tag stimmte das Parlament mit großer Mehrheit der Einführung des Euro in Zypern und Malta am 1. Januar 2008 zu. Gleichfalls sprach es sich dafür aus, das europäische Satellitennavigationssystem GALILEO unter der Verantwortung der EU fortzuführen. Nach dem Scheitern der öffentlich-privaten Partnerschaft für GALILEO existiert eine Finanzierungslücke, die sich nach Aussagen von EU-Verkehrkommissar Jacques Barrot bis 2013 auf 2,4 Milliarden Euro beläuft.

Ebenfalls am Mittwoch stand ein Bericht zum Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf der Tagesordnung, der sich zur Zeit in Ausarbeitung befindet. Weitere Themen waren eine Erklärung des neuen EP-Präsidenten Hans-Gert Pöttering (EVP) zur aktuellen Situation in Palästina sowie die gemeinsame EU-Asylpolitik.

Vor fast leerem Plenum stand am Mittwochabend ein Bericht zum Austausch von Informationen aus dem Strafregister zwischen den Mitgliedstaaten auf der Tagesordnung. Es soll ein Rahmenbeschluss geschaffen werden, nach dem die EU-Mitgliedsstaaten Daten aus Strafregistern gegenseitig austauschen dürfen. Dafür gibt es bisher keine gesetzliche Grundlage. Besonders umstritten ist hier zum einen die Frage, welche Informationen ausgetauscht werden dürfen und zum anderen, wie Information über Verurteilungen von Personen behandelt werden sollen, die keine Staatsangehörigen oder Gebietsansässigen eines bestimmten Staates sind, aber in diesem Mitgliedstaat verurteilt wurden. Einige Staaten nehmen im Ausland ergangene Verurteilungen ihrer Staatsangehörigen nämlich nicht in ihre eigenen Strafregister auf.

Marvin Oppong

Unheimliche Gemeinsamkeiten

MultiKulti-Ideologie und Identität

Die eifristgsten Verteidiger_innen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung haben oftmals selbst nicht begriffen, in welcher Gesellschaft sie leben. Nicht, dass das nicht zu erwarten wäre. Der Hinweis, die (allzu entschiedene) Kritik am Islam sei bereits Rassismus, macht vielmehr gerade mit denen gemein, deren Abwehr behauptet wird. Dabei geht es nicht einmal darum, dass Religionen allgemein keine gute Idee sind. Wenn die Feinde des Individuums gerade mit dem Verweis auf das Individuum suggerieren, Menschen muslimischen Glaubens seien anders, so ist das erste was hergestellt wird Identität. Sie erahnen die Gleichartigkeit der Menschen und müssen umso mehr um die Konstruktion von Andersartigkeit bemüht sein. Die abstrakt freien bürgerlichen Subjekte müssen einen anderen Menschen behaupten, der ihnen als Warensubjekt sonst Konkurrenz machen würde. Ganz anders ist der Jude. In nationalsozialistischen Jargon steht er für die "Gegenrasse", die die Welt beherrscht und für Kapitalismus und Kommunismus verantwortlich zeichnet. Er ist gerade nicht eine minderwertige Rasse unter anderen. Antisemitismus gerade nicht eine Form von Rassismus, sondern die Ablehnung individuellen Glücks, der Hass auf die Moderne.

Die Illusion von der Andersartigkeit von Muslim_innen bedarf natürlich nicht ihrer Extremform in der widersinnigen Behauptung der Existenz von „Rassen“. Bereits der Zugehörigkeits-Zwang der MultiKulti-Ideologie stellt eine Form von Herrschaft dar: „Das Hauptdilemma der befürwortenden Bezugnahme auf den Begriff der multikulturellen Gesellschaft stellt sich wie folgt dar: hinter vordergründiger Liberalität verbirgt sich ein Gesellschaftskonzept, das, zwar auf einer anderen Ebene, genauso abgeschlossen ist wie das Konzept ‚ethnischer Homogenität, kultureller Eindeutigkeit und nationaler Integrität’.“ (Sanwald/Stautner-Bhuruth 2004: S. 275) In der bürgerlichen Gesellschaft sollte es eigentlich das Ziel sein, dass jede selbst entscheidet, ob sie sich zunächst als Muslim_a, Kommunist_in oder FC Bayern-Fan sieht. Das Problem ist nur, dass der Multikulturalismus mit dem herkömmlichen Rassismus eine identitäre Wahrnehmung der Gesellschaft teilt: Kultur und Religion wird nicht als etwas privates, persönliches aufgefasst, sondern kollektivistisch. Die Gleichung Kritik am Islam=Rassismus impliziert die Gleichung Araber_in=Muslim_a. Nur so ist der Vorwurf, eine (zu) negative Äußerung über eine Ideologie wie den Islam sei bereits rassistisch, überhaupt zu verstehen ohne in sogleich als unsinnig abzutun. Voraussetzung ist, dass der Islam dann natürlich auch einer klar abgegrenzten Gruppe zugeordnet werden kann, welche dann rassistisch diskriminiert wird. Diese Diskriminierung ist real, insofern die Fehlleistung Identifikation unterschiedlicher Dinge vorgenommen wird. Hierbei werden schön verschiedene Kulturen nebeneinander gereiht und an der ethnischen Herkunft ihrer Mitglieder festgemacht. Nicht etwa, dass es Menschen gibt, deren Verwandte irgendwie mal aus einem islamischen Land gekommen sind, die aber selbst auf den Islam scheißen. Oder aber Islam-Konvertit_innen. Globalisierungsgegner_innen befürworten mit der Forderung nach der Bewahrung kultureller Identitäten sauber trennbare kollektive Andersartigkeit. Der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) findet es gut, wenn in der Türkei Moscheen gebaut werden. In Köln demonstrieren die Nazis und Pro Köln dagegen. Sowohl diese Feinde des Individuums, als auch die Freund_innen der multikulturellen Andersartigkeit, solange sich denn das Andere auch immer sauber getrennt begreifen lassen will, konstruieren somit Identität. Dies sollte vielmehr für vormoderne Gesellschaften charakteristisch sein. Diese unheimliche Gemeinsamkeit von herkömmlichen Rassisten und oberflächlich liberalen MultiKulti-Anhänger_innen erlaubt eine erste Annäherung an die sich aufdrängende Frage, warum auch letztere antiliberalen Ideologien das Wort reden: Eine Weltanschauung, welche Individuen lediglich identitär wahrnimmt, ist natürlich kaum in der Lage, Ideologien, die individuelles Glück systematisch verunmöglichen wollen, als herrschaftlich zu identifizieren.

Magnus Engenhorst (Referat für politische Bildung)

Koalitionsverhandlungen mit den Grünen gescheitert

Grüne HSG missbraucht das Vertrauen ihrer Wähler und schädigt die Studierendenschaft Bonn (Pressemitteilung der U.L.F.)

Überraschenderweise teilte die Grüne HSG vergangene Woche der Juso HSG und der Unabhängigen Liste der Fachschaften (U.L.F.) ihren Rückzug aus den Koalitionsverhandlungen mit. Nach monatelangen Verhandlungen, in denen die Juso HSG und die U.L.F. der Grünen HSG viele Zugeständnisse gemacht hatten, stand vergangenen Donnerstag eigentlich nur noch die redaktionelle Fassung des Koalitionsvertrages auf der Tagesordnung. Eigentlich hatte sich in den davorliegenden Wochen der Eindruck manifestiert, einen durchdachten und kompromissfähigen Strukturwandel für den Bonner AStA herausgearbeitet zu haben. Doch kurz vor Erreichen des Zieles sprang die Grüne HSG ab. Als Begründung wurden vor allem mangelndes Personal innerhalb der Grünen HSG angeführt und auf Themen verwiesen, die nach unserer Auffassung eigentlich nach dem ersten Koalitionsgespräch bereits durch einen Kompromiss geklärt waren. Inhaltlich ging es hierbei vor allem um eine strukturelle Veränderung der Referate des AStAs, wovon wir uns sowohl mehr finanzielle Effizienz, als auch eine bessere Transparenz für die Studierenden erwarteten. Die veraltete Struktur des AStAs spiegelt aus unserer Sicht nicht mehr die aktuelle Situation unserer Studierenden wieder. Der Schwerpunkt des neuen AStAs sollte ein umfassendes Beratungsangebot und eine Vielzahl wirklich alle Studierenden ansprechender Veranstaltungen sein. Die Grüne HSG zeigte leider bereits in den Verhandlungen, dass sie an einem veralteten AStA- Konzept festhält und die wahren Probleme der Studierenden bei ihnen erst an zweiter Stelle hinter der Sicherung der eigenen Posten stand. Die Grüne HSG legte bereits nach der Wahl durch ihre unüberlegten vorübergehenden Rückzug aus der Bonner Hochschulpolitik offen, dass sie letztlich personell und inhaltlich keine Interessen der Studierenden mehr durchsetzen möchten. Dennoch hatten wir gehofft, dass sie durch den danach eingeschlagene Richtungswechsel zur Mitarbeit in einer Koalition ihre Verantwortung gegenüber ihren Wählern und der gesamten Bonner Studierendenschaft doch noch wahrnehmen möchten. Der überraschende Rückzug der Grünen HSG zeigt, dass diese nicht mehr arbeitsfähig ist. Aus unserer Sicht war bereits der Antritt der GHG zu den Studierendenparlamentswahlen eine Täuschung ihrer Wähler. Eine HSG, die von Anfang an nicht vorhat, sich in irgendeiner Weise an einem AStA zu beteiligen hat nach unserer Auffassung keine Funktion in der Bonner Hochschulpolitik. Es drängt sich weiterhin der Eindruck auf, dass die dreimonatige Verhandlungsbereitschaft der GHG eine reine Blockademaßnahme waren, um eine andere Konstellation im AStA zu verhindern. Es stellte sich im Nachhinein heraus, dass die Abgesandten der GHG in den Verhandlungen anscheinend entgegen ihrer eigenen Aussagen keine Rücksprache mit dem Plenum gehalten haben und von diesem auch nicht ausreichend legitimiert waren. Dies ist ein höchst unverantwortliches Vorgehen gegenüber der gesamten Bonner Studierendenschaft. „Die vorgetragenen Scheiterungsgründe der GHG erscheinen mir sehr dubios. Es drängt sich hier vielmehr der Eindruck auf, dass die GHG keine Lust hat, die nötige Zeit und Arbeit in den AStA zu investieren und aus Angst vor Veränderungen verzweifelt an völlig veralteten und ineffizienten Strukturen festhält. Ich bin sehr enttäuscht von diesem unverantwortlichen Vorgehen der GHG, die anscheinend die Konsequenzen ihres Verhaltens für die Studierendenschaft und den Bonner AStA nicht überdacht haben“, nimmt Roman Wimmers (Vorsitzender der U.L.F.) zu den Vorgängen Stellung. „Die Grüne HSG hat somit das Zustandekommen einer mehrheitsfähigen Koalition verhindert“.

Die U.L.F. hält nach wie vor an dem mit der Juso HSG gemeinsam erarbeiten Konzept fest und wird auch ohne Beteiligung im AStA in Zukunft versuchen, so viel wie möglich des Erarbeiteten im Studierendenparlament umzusetzen. Selbstverständlich stehen wir in diesem Rahmen der konstruktiven Zusammenarbeit mit anderen HSGen positiv gegenüber.

Veronika Schweikert (Pressesprechrecherin U.L.F.)

Das volle Programm!
der AStA-Laden
www.asta-bonn.de/astaladen
Angebot der Woche:
Stabilo Pen 68
Stück: 0,65 Euro
5 Stück: 3,00 Euro
10 Stück: 5,80 Euro
Nassemensa 1. Stock 12:00 – 14:00* * Fr bis 13:45
Popmensa im Foyer 11:45 – 14:00* * Fr bis 13:45
der AStA-Laden
der AStA-Laden

Hessische Studierende reichen Verfassungsklage ein

Über 62 000 Unterschriften wurden abgegeben

43.308 wahlberechtigte Hessinnen und Hessen können beim Staatsgerichtshof gegen ein Gesetz Verfassungsklage einreichen. In einem abstrakten Normenkontrollverfahren wird dann seine Verfassungsmäßigkeit überprüft. Da maßgebliche Experten das Studienbeitragsgesetz (StuBeiG) der CDU-Landesregierung für verfassungswidrig halten, riefen die hessischen ASten dazu auf, gemeinsam das Studienbeitragsgesetz und damit die Politik der Landesregierung vor den Staatsgerichtshof zu bringen. In Artikel 59 der hessischen Landesverfassung heißt es: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muß vorsehen, daß für begabte Kinder sozial schwächergestellter Erziehungsbeihilfen zu leisten sind. Es kann anordnen, daß ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet. Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen." Gerade die neusten Zahlen aus NRW beweisen, dass Studiengebühren in großem Maße abschreckend wirken.

Bis jetzt wurden sogar über 62 000 Formulare für eine Verfassungsklage gesammelt. Die hessische CDU hatte dies für unwahrscheinlich gehalten, da hohe Hürden gesetzt wurden: Es genügte nicht, einfach zu unterschreiben: Diejenigen, die sich bei der Aktion beteiligen wollten, mussten dafür extra zu der entsprechenden örtlichen Behörde und dort das Formular ausfüllen. Der Erfolg zeigt bereits, dass viele Hessinnen und Hessen mit den Studiengebühren nicht einverstanden sind und auch nicht davor zurückschreckten, extra zu den Rathäusern zu gehen, um sich an der Verfassungsklage zu beteiligen.

Timo Duile (Freie Bildung Bonn)

Erste Klage gegen Studiengebühren abgewiesen

Eine Pressemitteilung der Landes–ASten–Konferenz Baden-Württemberg

Die Studierenden in Baden-Württemberg haben sich aufgemacht, das Gesetz zur Einführung der Studiengebühren vor dem Bundesverfassungsgericht zu kippen. Dafür ist der Zug durch die Instanzen erforderlich. Die Freiburger Klagen waren der erste Schritt auf einem Weg, der durch das Urteil lediglich ein Stück länger geworden ist.

Die Studierenden haben fast mit einem solchen Urteil gerechnet. Dass ein Gericht erster Instanz den Mut aufbringen würde, sich bei einem politisch so brisanten Thema mit der Landesregierung anzulegen und den Fall dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen, war zu hoffen, aber nicht zu erwarten. Schliesslich geht es für das Land nach eigenen Angaben um 180 Millionen Euro im Jahr. Dementsprechend gross war der Trupp aus Anwälten, Sachverständigen und Ministeriumsmitarbeitern, der versuchte, die Erhebung von Studiengebühren zu verteidigen. Bei einem Blick auf die Klägerseite wurde klar: Hier kaempft David gegen Goliath.

Trotz dieser eindeutigen Vorzeichen zeigte sich schnell, warum die Studierenden davon uüberzeugt sind, das Studiengebührengesetz vor den Gerichten zu Fall zu bringen. Die Vorträge der Kläger brachten die Gegenseite immer wieder in erhebliche Erklaärungsnot. So stellte das Gericht eindeutig klar, dass bereits jetzt eine erhebliche soziale Schieflage nicht nur beim Zugang zu den Hochschulen besteht, sondern im gesamten Bildungssystem.

"Es ist schade, dass der Fall nicht dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt wurde. Die dafür erforderlichen verfassungsrechtlichen Zweifel waren dem Gericht durchaus anzumerken", sagt Peter Lehmann vom landesweiten Arbeitskreis Klage, der für die Organisation und Koordination der Klagen verantwortlich ist. „Am Ende verhinderte die Angst vor der eigenen Courage einen anderen Ausgang. Gerade das aber bestärkt uns in unserer Ueberzeugung, dass spätestens in Karlsruhe das Gesetz gekippt wird." Insgesamt wurden drei von landesweit knapp 3000 Klagen verhandelt.

Musterklägerin ist eine darlehensbedürftige Mutter von zwei Kindern, die Studiengebühren zahlen muss. Flankiert wurden sie von Studenten, die aufgrund des Zivildienstes ein Jahr verloren haben und dadurch länger Gebühren zahlen müssen. „Es gibt unzählige Fälle, die die krasse Ungerechtigkeit des Gesetzes aufzeigen. Das hat der heutige Tag wieder einmal eindrucksvoll gezeigt", bemerkt Benjamin Greschbach, Vorstand der Studierendenvertretung der Uni Freiburg.

Daneben wurde aber auch Grundsätzliches behandelt: die missbräuchliche Verwendung der Gebühren oder auch der UN-Sozialpakt, der ganz eindeutig die Unentgeltlichkeit des Hochschulstudiums fordert. Dass dieser Pakt für Bund und Länder verbindlich ist, erkannte auch das Ministerium an. Thema war die extreme Benachteiligung der Darlehensnehmer gegenüber den Sofortzahlern. Schliesslich sind gerade die sozial Schwaächeren auf den mit sieben Prozent hoch verzinsten Kredit angewiesen und zahlen dadurch sehr viel mehr als ihre besser situierten Kommilitoninnen und Kommilitonen.

Der Abschreckungseffekt der Studiengebühren wird jetzt schon deutlich: Allein an der Uni Freiburg sind es im Vergleich vom letzten zu diesem Sommersemester mehr als 1100 Studierende weniger geworden, zusätzlich haben sich ca. 250 Studierende mehr als gewöhnlich beurlauben lassen, um so der Zahlungspflicht zu entgehen. „Diesen drastischen Anstieg allein auf die Bachelor/Master-Umstellung zurückzuführen, halte ich für ein gewagtes Ablenkungsmanöver", meint Hermann J. Schmeh, ebenfalls Vorstand der Studierendenvertretung der Uni Freiburg.

Studierende kündigen Berufung an.

Die Musterklägerin geht jedenfalls in Berufung. Spätestens am Ende des Instanzenzuges wird sich das Bundesverfassungsgericht mit der Verfassungsmssigkeit der Studiengebühren befassen müssen.

Vielleicht dürfen sich die Studierenden aber auch schon früher freuen: Am 11. Juli verhandelt das Verwaltungsgericht Karlsruhe die dortigen Klagen gegen Studiengebuehren.

Malte Marwedel (Pressesprecher des AK Klage)

CaSeBo Workshops und Veranstaltungen

Workshop: Webdesign für Fortgeschrittene

Der Workshop baut auf den Einsteiger-Workshop auf und vermittelt in vielen praktischen Übungen weitere wichtige Kenntnisse, um eine Website aufzubauen und zu pflegen. Außerdem erhalten alle TeilnehmerInnen einen Reader sowie eine kostenlose CD mit der notwendigen Software.

Die Inhalte im Überblick:
– aufwändigere Designs mit HTML und CSS umsetzen: Roll-over-Effekte, Drucker-Stylesheets, runde Ecken, Fahrner Image Replacement
– Browsertests richtig durchführen
– Grafiken bearbeiten, optimieren und für das Site-Design benutzen
– ein Website-Projekt planen und umsetzen
– eine Site so gestalten, dass sich die Besucher gut zurechtfinden und die Site niemanden ausschließt
– eine Website suchmaschinenfreundlich machen
Als Vorkenntnisse werden die Inhalte des Webdesign-Einsteigerworkshops sowie etwas Übung zwischen den beiden Workshops vorausgesetzt.

Datum

30. Juni–01. Juli

Zeit

10 Uhr

Ort

Hochschulrechenzentrum, Wegelerstraße 6
53115 Bonn

ReferentInnen

Oliver Klee gibt seit 1999 Seminare in den unterschiedlichsten Bereichen – von Methodenseminaren über IT-Themen und Grafik bis hin zu Wohlfühl-Workshops.

Ebenfalls seit 1999 arbeitet er als Webprogrammierer in verschiedenen Projekten – zurzeit unter anderem für eine Werbeagentur und bis 2006 für CaSeBo. Seine Schwerpunkte sind dabei Web-Standards, Barrierefreiheit, Benutzbarkeit und TYPO3.

Preis für Studierende

35 Euro

Mögliche Zahlungsarten

– Barzahlung
– Per Überweisung

Presse – und Öffentlichkeitsarbeit

Sich den Medien und der Öffentlichkeit gegenüber präsentieren und auf sich und die eigene Arbeit aufmerksam machen, ist in vielen Berufszweigen und -positionen von elementarer Bedeutung.

Im Seminar wollen wir daher Basics der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit klären. Was ist Pressearbeit und wann lohnt sie sich? Worauf achten Journalisten, wenn sie Nachrichten auswählen? Oder: Was gehört in eine Überschrift? Dabei werden wir wichtige Inhalte nicht nur diskutieren, sondern auch stets üben.

Folgende Fragestellungen werden wir an den beiden Seminartagen behandeln:
– Wie funktioniert Kommunikation?
– Was ist PR und wann lohnt sie sich?
– Welche Fehler sind typisch?
– Welche Faktoren führen zum Erfolg?
– Wie bereite ich Inhalte journalistisch auf?
– Nach welchen Nachrichtenfaktoren ent scheiden Journalisten?
– Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?
– Was ist ein Leadsatz? Was gehört in die Überschrft?
– Wie muss eine gute PM aussehen?
– Was ist bei einem Pressefoto wichtig?
– Wie gehe ich mit Journalisten um?
– Was ist für eine Pressekonferenz wichtig?
– Was ist ein Statement?
Wer sich über diese Inhalte hinaus für die konkrete Arbeit der/des Journalistin/en interessiert, sollte an dem Kurs Praktischer Journalismus teilnehmen.

Datum

30. Juni–1. Juli

Zeit

10–17 Uhr

Ort

Ulrich- Haberland Haus, Auf dem Hügel 16, 53121 Bonn

ReferentInnen

Stephanie Süper (27) ist Diplom-Journalistin. Sie arbeitet als Projektredakteurin und Assistentin der Chefredaktion bei den Ruhr Nachrichten in Dortmund. Vorher war Sie Projektleiterin für Seminare beim media consulting team .Zusammen mit ihren Kollegen coachte sie Mitarbeiter des Bundestages, verschiedener Ministerien oder der Deutschen Luft- und Raumfahrt. Sie studierte Journalistik und Kunst an der Universität Dortmund und arbeitete ein Jahr am Institut für Journalistik. Neben dem Studium hat stets als freie Journalistin in NRW und Berlin gearbeitet.

Preis für Studierende

35 Euro

Mögliche Zahlungsarten

– Barzahlung
– Per Überweisung

Anton Wilhelm Amo

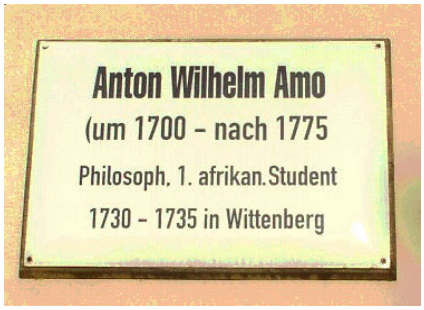
Eine dramatische Spurensuche nach Fragmenten der Lebensgeschichte des ersten schwarzen Hochschulprofessors in Deutschland im 18. Jh.

Anton Wilhelm Amo ist der erste bekannte Philosoph und Rechtswissenschaftler afrikanischer bzw. afrodeutscher Herkunft in Deutschland.

Die Fragmente der Lebensgeschichte des ersten schwarzen Wissenschaftlers und Philosophen in Deutschland, Anton Wilhelm Amo Afer, sind inspirierende Basis dieser Spurensuche, erzählt im Spannungsfeld zwischen Gestern und Heute.

Aufgewachsen am Hof eines Fürsten, studierte und lehrte Amo als erster schwarzer Professor an einer deutschen Universität. Vor dem ambivalenten historischen Kontext des 18. Jahrhunderts zwischen Pietismus und Aufklärung, Sklaverei und einem neuen Menschenbild erscheint Amo als eine herausragende Persönlichkeit und Ausnahmeerscheinung seiner Zeit.

Behütet aufgewachsen erlebt er auf seinem Lebensweg jedoch spürbare Brüche. Amo wurde erzogen wie ein Deutscher, er war ein Deutscher, einer der ersten Afrodeutschen. Doch er wurde als das Andere wahrgenommen.



Er war ein Afrikaner ohne Wurzeln, der sein Land nicht kannte und der in dem Land, in dem er aufgewachsen war, nicht anerkannt wurde: Er war höfischer Prestigeträger, Gelehrter, ein ästhetisches Ereignis!

Dann hört man den schwarzen Schauspieler aus Amo sprechen und weiß nicht mehr, ist man jetzt in der heutigen Zeit oder im 18. Jahrhundert. Dann verliebt sich Amo: Und erst die Kinder! Wenn wir Kinder hätten! Diese hätten es schwer. Eine Liebe, zum Scheitern verurteilt. Eine Identität, die zerbricht. Eine Geschichte, nach 250 Jahren aktueller denn je.

Am Donnerstag den 5. Juli, in der Lesehalle des Caféleven (Nassetraße 11) um 19 Uhr.

Landry Niagne (AusländerInnenreferat)

Termine

Mittwoch, 27. Juni

„Auf den Spuren des Buddha“
Ein Vortrag von Dr. Köppler, dem Gründer Leiter des Hauses Siddharta in Bad Godesberg, über seine Publikation. Um 20 Uhr in HS III, Uni-Hauptgebäude. VA: Buddhistischen Hochschulgruppe.

„Zu treuen Händen“
Aufführungen der amüsanten Komödie von Erich Kästner, gespielt von der studentischen Theatergruppe „AKademy of Acting Arts“. (Im Zeitraum vom 27.–30. Juni) Immer um 20 Uhr, im ESG-Bonn Königstraße 88. Eintritt frei.

Ausgewogenheit oder Bedienung von Klischees
Die Lateinamerikanische Kulturgruppe der Uni Bonn - La UNI - lädt gemeinsam mit dem Ibero-Club Bonn e.V. zu der Podiumsdiskussion zur Berichterstattung über Lateinamerika in den deutschen Medien ein. Um 20 Uhr in HS VIII, Uni-Hauptgebäude. VA: Lateinamerikanische Kuturgruppe Uni Bonn.

Donnerstag, 28. Juni

Generation Praktikum
Nele Hirsch informiert in ihrem Vortrag über die Lage am Arbeitsmarkt und über Gesetzesinitiativen gegen unbezahlte Arbeitsverhältnisse. Um 19 Uhr in HS XVII, Uni-Hauptgebäude. VA: Die Linke.HSG und die ver.di Jugend Bezirk NRW-Süd.

Freitag, 29. Juni

"Drag Kings"
Buchvorstellung: Mit Bartkleber gegen das Patriarchat. Um 20 Uhr im Le Sabot in der Breite Straße 76. VA: AK Kultur & Politik an der Uni Bonn. Unterstützt vom Frauenreferat.

„Zweifache Liebe“
Welturaufführung: Eine Gratwanderung zwischen wahrer Liebe und sexueller Orientierungslosigkeit. Um 20 Uhr im Kult41, Hochstadenring 41. VA: theater anonbe (Eintritt 8 Euro, ermäßigt 5 Euro).

Diesnatg, 3. Juli

Lehrer/in werden?
Erstes Staatsexamen, was nun? Das Hochschulinformationsbüro der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bietet in jedem Semester Informationsveranstaltungen zum Thema Referendariat an. Um 20 Uhr in HS III, Uni-Hauptgebäude. VA: GEW

Dienstag, 3. Juli

"Thank you for smoking"
Der Film zeigt den Alltag eines Lobbyisten der Tabakindustrie. Auf zynische Art und Weise vermittelt er einen Eindruck über das Verfälschen von Fakten, Verdrehen von Wahrheiten und Manipulieren von Menschen. Um 21 Uhr in Clio's Akademische Buchhandlung, Lennéstraße 6. VA: Ökologiereferat.

Mittwoch, 4. Juli

Exkursion ins Schutzgebiet Vogelsang
Das Frauen- und das Ökoreferat des AStA veranstalten einen Ausflug ins Naturschutzgebiet Vogelsang. Um 12 Uhr auf Gleis 5, Hbf Bonn. Abfahrt ist um 12:17 (mit Studiticket umsonst!). VA: Öko- und Frauenreferat.

Donnerstag, 5. Juli

„Anton Wilhelm Amo“
Das AusländerInnenreferat zeigt einen Film über Anton Wilhelm Amo. Eine dramatische Spurensuche nach Fragmenten der Lebensgeschichte des ersten Schwarzen Hochschulprofessors in Deutschland im 18. Jh. (s.S. 7). Um 19 Uhr im Lesesall des Cafeleven, Nassestraße 11. VA: Das AusländerInnenreferat.

Freitag, 6. Juli

„Los figurantes“
Gastspiel der Spanischen Theatergruppe der Universität des Saarlandes "Los Mutantes". Gespielt wird das Stück des spanischen Gegenwartsdramatikers José Sanchis Sinisterra: "Los figurantes". In spanischer Sprache. 6.–7. Juli, jeweils um 19.30 Uhr in der ESG Bonn, Königstraße 88. VA: Romanisches Seminar der Universität Bonn.

Donnerstag, 12 Juli

„Office Space“
Filmreihe: Dem Computerprogrammierer Peter hängt sein Job zum Hals raus. Als Unternehmensberater die Firma nach überflüssigen Arbeitskräften durchforsten, packt Peter und seine befreundeten Kollegen Panik. Darauf wird Peter von seiner Freundin (Jennifer Aniston) zum Hypnotherapeuten geschickt, mit verblüffendem Resultat. Aus dem einstigen Konformisten wird ein Büroanarchist. Um 19 Uhr in HS X, Uni-Hauptgebäude. VA: Die Linke.HSG.

Sonntag, 29. Juli

„Abschiebung im Morgengrauen“
nn-tv zeigt einen Dokumentarfilm von Michael Richter, BRD 2005, 46 Min. Eintritt frei. Um 16 Uhr im Kult41 (Hochstadenring 41)
Es ist drei Uhr morgens, als sechs Mitarbeiter der Hamburger Ausländerbehörde, begleitet von einigen Polizisten, an der Tür der Familie Kryezi klingeln. Eine halbe Stunde hat die Familie Zeit, ein paar Sachen zu packen und Verwandte zu benachrichtigen, daß sie nach 15 Jahren in Deutschland in den Kosovo abgeschoben werden. "Morgendliche Begleitung" heißt eine solche Aktion im Behördendeutsch. Die Kosten tragen die Abgeschobenen. VA: nn-tv.

Beratungen im AStA

Im Beratungszimmer des AStA, gegenüber des Cafeleven

Mo 9–11 Uhr	Studieren mit Kind
Mo 13.15–14.45 Uhr	Studentischer Hilfsfonds (Darlehenskasse des SP)
Di 10–12 Uhr	Behinderte oder chronisch kranke Studierende (B.O.C.K.S)
Di 13–15 Uhr	Semesterticket-Ausschuss des SP (Erstattung des Beitrages)
Mi 10–13 Uhr,	Rechtsberatung
Mi 13.30–16.30 Uhr	BAföG-Beratung
Do 10–13 Uhr	BAföG-Beratung
Do 13.30–16.30 Uhr	Rechtsberatung
Fr 12–14 Uhr	Behinderte oder chronisch kranke Studierende (B.O.C.K.S)
Fr 10–11.30 Uhr	Studentischer Hilfsfonds (Darlehenskasse des SP)

Weitere Beratungen finden in den Räumen des AStA, Treppenhaus I, 1. Etage, statt:

Ausländer-Beratung, Zi. 14	Mo, Di & Do 12–14 Uhr
Auslandsstudien-Beratung, Zi. 6	Di 12–14 Uhr & Mi 13–15 Uhr
Arbeitskreis-Lehramt, Zi. 15	Mo 12–14 Uhr & Fr 12–14 Uhr
Computer-Beratung, Zi. 10	Di, Do 12–14 Uhr
Frauenberatung, Zi. 12	Fr, 12-15 Uhr
Coming-Out Beratung, Zi. 12	Fr 15–16 Uhr
Schwulen-Beratung „Tell Mom“, Zi. 11	Fr 11–12 Uhr
Semesterticket-Beauftragter, Zi. 10	Mi 12–14 Uhr
Sozialberatung , Zi. 15	Mo–Do 12–14 Uhr & Fr 12–13.45 Uhr
Sportberatung, Zi. 9	Mo–Mi 12–14 Uhr & Do 14–16 Uhr
Studiengebühren-Beratung, Zi. 6	Di, Do 15–17 Uhr
AStA-Punkt Poppelsdorf	Di 11.45–13.45 Uhr
Studierenden-Unterstützung/Studienschwierigkeiten (StU), Zi. 15	Di 14.30–16.30 Uhr & Do 10–12 Uhr
Beglaubigungen	11–12 Uhr (Sekretariat), 12–13 Uhr (Soz. Zi. 15)

Impressum

Redaktion:
Markus Dierson, Jennifer Lenzen
(V.i.S.d.P.)

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Mittwoch, 27. Juni 2007, 20 Uhr
Druck: Brückner Offsetdruck, Bonn
Auflage: 2.300

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Kontakt: E-Mail: basta@asta.uni-bonn.de
www.asta-bonn.de/basta

AStA der Universität Bonn
Nassestr. 11, 53113 Bonn